

KIPA 8 / 2008

Kommentare zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Daria W. Dylla

Polen und der US-Raketenabwehrschild –
die Vereinbarung im Schatten des
Kaukasuskonfliktes. Eine Kommentarreihe
Teil VIII: August 2008



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

Polen und der US-Raketenabwehrschild – die Vereinbarung im Schatten des Kaukasuskonfliktes. Eine Kommentarreihe

Teil VIII: August 2008

Daria W. Dylla¹

Die Kommentarreihe soll dem interessierten Leser regelmäßig Basisinformationen über den Verhandlungsprozess zur Stationierung der US-Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium aufbereiten sowie einen Blick in die öffentliche Diskussion in Polen ermöglichen. Dies wird u. a. anhand eines knappen Überblickes über die Medienkommentare aus den drei größten polnischen Tageszeitungen: *Gazeta Wyborcza*, *Rzeczpospolita* und *Dziennik* erfolgen, die jeweils kontextualisiert und durch Aussagen polnischer Machttäger ergänzt werden.

Nach 15-monatigen Verhandlungen zwischen Polen und den USA über die Aufstellung einer amerikanischen Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium,² wurde am 20. August 2008 zwischen den beiden Staaten in Warschau ein Abkommen unterzeichnet sowie eine Deklaration über die strategische Zusammenarbeit angenommen. Das Abkommen soll nun vom Parlament ratifiziert und von dem Präsidenten unterzeichnet werden. Die parlamentarische Mehrheit für die Beteiligung Polens an dem amerikanischen Abwehrprojekt gilt allerdings als sicher. Auch die entschiedene Befürwortung des polnischen Staatsoberhauptes der Stationierung der US-Militärbasis an der Weichsel bleibt nach wie vor unverändert.³

¹ Daria W. Dylla, Dr. rer. pol. ist Politologin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln.

² Zum Beginn der offiziellen Verhandlungen, s. Dylla, Daria W.: Polen und der US-Raketenabwehrschild. Eine Kommentarreihe, Teil I: Oktober/November 2007, in: Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik (KIPA), Köln, 1/2007, abrufbar unter: http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/kipa/Abwehrschild_Kommentar_Dylla_Teil_I_KIPA-1_2007.pdf.

³ Nach Angaben der polnischen Medien will die polnische Regierung eine Ratifizierung des Abkommens erst im kommenden Jahr abwarten, bis die neue US-Regierung eine Stellung zu dem Raketenabwehrsystem, und konkret zu der Vereinbarung mit Polen bezieht. Vgl. Lorenz, Wojciech: Ratyfikacja umowy o tarczy dopiero w przyszłym roku, in: *Rzeczpospolita*, 19.8.2008.

Noch vor einigen Wochen, nachdem die polnische Regierung die amerikanische Offerte ein weiteres Mal ablehnte,⁴ schien sowohl der Abbruch der Gespräche als auch deren Fortsetzung erst mit einer neuen US-Administration möglich zu sein. Die Unsicherheit sowohl in Bezug auf den Abschlusstermin als auch auf den Ausgang der Verhandlungen herrschte allerdings bereits seit Monaten. Denn anders als die vorherige Regierung von Jarosław Kaczyński, hat die seit November 2007 regierende „Bürgerplattform“ mit dem Premierminister Donald Tusk auf eine Verminderung der polnischen Sicherheit durch den US-Abwehrschild hingewiesen und auf einer amerikanischen „Gegenleistung“ für die Aufstellung der Abwehranlage beharrt. Die polnischen Postulate wurden der amerikanischen Seite bereits im Februar 2008 vorgelegt. Demzufolge erwartete Polen erstens eine ständige Aufstellung der Luftabwehrraketen vom Typ Patriot auf polnischem Terrain und zweitens die Unterzeichnung eines bilateralen Militärabkommens.⁵ Da Amerika mit einer zusätzlichen Militäranlage auf polnischem Boden die amerikanisch-russischen Spannung nicht eskalieren lassen wollte, gleichzeitig jedoch sah, dass der polnische Partner in dieser Sache unflexibel bleibt, haben die USA Polen letztendlich im Juli 2008 eine temporäre Stationierung der Patriot-Raketen angeboten.⁶ Damit zeigte sich Warschau jedoch nicht zufrieden und die Verhandlungen schienen auf Eis gelegt zu sein.

Doch bereits Ende Juli 2008 hieß es in den polnischen Medien, dass beide Gesprächspartner bemüht sind, eine für beide Seiten akzeptable Formulierung für eine dauerhafte Stationierung des Patriot-Systems auf polnischem Boden zu finden. Dass diese Bemühungen erfolgreich wurden, verkündete Tusk am 14. August 2008 in einem Interview mit dem Fernsehsender TVN24. Seiner Aussage zufolge hätten sich die USA bereit erklärt, die polnischen Postulate zu erfüllen – der Rubikon sei überschritten.

Erstens haben sich Polen und Amerika darauf geeinigt, dass auf polnischem Territorium neben der geplanten Raketenabwehrbasis auch eine zweite Abwehrbasis errichtet wird. Das zweite Abwehrojekt, in dem eine Batterie mit 64 Luftabwehrraketen vom Typ Patriot untergebracht werden sollte, bliebe zwar im Besitz der Amerikaner, dafür würde sie aber in Polen ständig stationiert werden. Besonders hervorgehoben von den Regierungspolitikern in Warschau wurde dabei der Aspekt, dass das Waffensystem Patriot durch eine hundertköpfige US-Begleitmannschaft überwacht werden sollte. Insgesamt würden somit an der Weichsel mehrere Hundert amerikanische Soldaten stationiert werden. Das soll laut dem

⁴ S. Dylla, Daria W.: Der polnisch-polnische Krieg um die amerikanische Raketenabwehr. Eine Kommentarreihe, Teil VII, in: Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik (KIPA), 7/2008, abrufbar unter: http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/kipa/Abwehrschild_Kommentar_Dylla_Teil_VII_KIPA-7_2008.pdf.

⁵ S. Dylla, Daria W.: Polen und der US-Raketenabwehrschild. Eine Kommentarreihe, Teil II: Dezember 2007/Januar 2008, in: Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik (KIPA), Köln, 1/2008, abrufbar unter: http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/kipa/Abwehrschild_Kommentar_Dylla_Teil_II_KIPA-1_2008.pdf.

⁶ S. Dylla, Daria W. (2008): Der polnisch-polnische Krieg um die amerikanische Raketenabwehr. Eine Kommentarreihe.

polnischen Verteidigungsminister Bogdan Klich für Polen von großer Relevanz sein, denn die Anwesenheit von US-Soldaten sowie amerikanischer Militärinfrastruktur auf polnischem Boden würde einen zusätzlichen Anker für das Artikel 5 der NATO bedeuten, weil dies die politischen, aus den Allianzverpflichtungen resultierenden Garantien verstärke.⁷

Da aber für einen effektiven Schutz des ganzen Landes vor Mittel- und Kurzstreckenraketen nicht eine, sondern mehrere Patriot-Batterien notwendig wären, soll die Batterie eher im Kontext der Reduktion von innen- und außenpolitischen Kosten aus der Raketenabwehrentscheidung durch das Tusk-Kabinett gedeutet werden. Denn dadurch wollte die Warschauer Regierung sowohl der polnischen Bevölkerung als auch der internationalen Öffentlichkeit zeigen, dass Polen nicht (mehr) bedingungslos den amerikanischen Vorschlägen folgt, sondern einen konkreten Gewinn aus der bilateralen Zusammenarbeit zieht. Ferner ist das Luftabwehrsystem und die hundertköpfige US-Soldatentruppe als politisches Symbol einer verstärkten Anwesenheit der Amerikaner in Polen zu betrachten. Nicht zuletzt kann die Batterie künftig zur Verbesserung der polnischen Luftabwehrfähigkeiten beitragen; denn sie wird später den Polen übertragen bzw. von der Regierung in Warschau zu einem günstigen Preis erworben. Dem polnischen Verteidigungsminister zufolge soll die Patriot-Batterie somit als Ausgangspunkt für ein breit angelegtes Modernisierungsprojekt genutzt werden, das zum Ziel hat, bis 2018 ein modernes Raketenabwehrsystem in Polen zu errichten.⁸

Zweitens wurde eine Deklaration über eine gemeinsame strategische Zusammenarbeit unterzeichnet. Diese galt von Anfang an als eine der Hauptpostulate des Tusk-Kabinetts für eine polnisch-amerikanische Raketenabwehrzusammenarbeit, wurde aber aufgrund der Diskussion über die Patriot-Raketen durch die Medien weitgehend ausgeblendet, weil deren permanente Aufstellung in Polen in den letzten Wochen als die wichtigste Bedingung Warschaws für die Zusage zu dem US-Raketenabwehrschild hochstilisiert wurde.

Dank der politisch-militärischen Vereinbarung mit den USA soll nach den Angaben der polnischen Regierungspolitiker das mitteleuropäische Land zum einen eine Garantie erhalten, dass das polnische Territorium von der ersten Stunde eines jeden potenziellen Konfliktes wirksam geschützt wird. Die NATO als Sicherheitsgarant wird dabei von dem polnischen Premier zwar keineswegs in Frage gestellt, doch das Bündnis reagiere zu langsam: es werde „Tage, Wochen dauern, diese Maschinerie in Gang zu bringen“ – und es sei nicht gut, wenn die Hilfe Tote erreiche, betonte der Premierminister.⁹ Zum anderen soll die direkte Beistandsverpflichtung der USA nicht nur im Falle einer militärischen, sondern auch einer nichtmilitärischen Bedrohung gelten,¹⁰ wodurch möglicherweise nicht zuletzt die

⁷ Bogdan Klich, Interview mit Dziennik: To finisz rozmów o tarczy, 14.8.2008.

⁸ Bogdan Klich, Interview mit Rzeczpospolita: Patrioty na dobry początek, 14.8.2008.

⁹ Donald Tusk zit. in der Polnischen Presseagentur (PAP): Polska i Stany Zjednoczone parafowały umowę ws. tarczy antyrakietowej, 14.8.2008.

¹⁰ Radosław Sikorski zit. in PAP: Polska i Stany Zjednoczone parafowały umowę ws. tarczy antyrakietowej, 14.8.2008.

Energiesicherheit subsumiert werden kann.

Die Deklaration sieht zudem einen Austausch von Informationen, insbesondere bezüglich der Bedrohungslage vor. Ein gesonderter Abschnitt wurde auch einer technologisch-wissenschaftlichen Kooperation in sicherheitspolitischem Bereich gewidmet. Dort zeigen beide Staaten das Interesse daran, gemeinsame Investitionen in die Entwicklung von Rüstungstechnologien zu tätigen bzw. gemeinsame wissenschaftliche Aktivitäten im abwehrtechnologischen Bereich zu koordinieren. Darüber hinaus haben die USA ein „ernsthaftes Engagement“ bei der Modernisierung der polnischen Armee bestätigt. Die Einzelheiten hierzu wurden zwar nicht bekannt gegeben; in den Regierungskreisen soll aber unter anderem mit besonders günstigen Preisen für den von Warschau geplanten Kauf von Patriot-Raketen gerechnet werden.¹¹ Angekündigt wurde überdies die Gründung einer polnisch-amerikanischen Konsultationsgruppe für eine strategische Zusammenarbeit zwecks einer besseren Koordination der gegenseitigen Kooperation in strategischen und Verteidigungsangelegenheiten.

Die polnisch-amerikanische Vereinbarung und der Kaukasuskrieg

Obwohl der Schatten des Kaukasuskriegs laut dem polnischen Außenminister Radosław Sikorski eher als negative Prämisse für die Verkündung der polnisch-amerikanischen Vereinbarung Mitte August 2008 betrachtet werden muss, da keiner der Verhandlungsseiten daran lag, das Abwehrprojekt als eine antirussische Initiative darzustellen,¹² gibt es Argumente, die für den georgisch-russischen Krieg als Auslöser des Verhandlungsabschlusses sprechen.¹³

Ein Tag vor der Paraphierung des bilateralen Abkommens am 14. August 2008 wies der polnische Verteidigungsminister Klich in einem Interview mit dem Springer-Blatt *Dziennik* auf eine spürbar größere Offenheit der Amerikaner auf polnische Postulate aufgrund der Situation in Kaukasus hin. Der Konflikt habe laut Klich den Amerikanern gezeigt, dass Russland kein stabiler Partner für die USA sei und seine nahe Umgebung immer noch ausschließlich als eigene Einflussphären betrachte. Washington wurde zudem klar, so Klich weiter, dass Polen nicht nur einen Schutz vor Interkontinentalraketen, sondern auch vor Kurz- und Mittelstreckenraketen brauche, was die Bush-Administration schließlich zur Akzeptanz einer dauerhaften Stationierung der Patriot-Abwehrraketen in Polen bewegen habe.¹⁴ Auf die Bestätigung der Legitimität von polnischen Forderungen aufgrund der

¹¹ Kołakowska, Dorota/Przybylski, Jacek: Rosjanie: staniecie się celem głowic atomowych, in: Rzeczpospolita, 16.8.2008.

¹² Radosław Sikorski, Interview mit Fakt, abgedruckt in Dziennik: Tarcza, wspólny sukces Polski i USA, 16.8.2008.

¹³ Davon geht auch die polnische Gesellschaft aus. In einer Umfrage wurde der Kaukasuskrieg von 60% der Befragten als die Ursache für die Beschleunigung und den Abschluss der Verhandlungen angesehen. 16% wiesen in diesem Kontext auf den guten Willen der polnischen Regierung und 11% auf die Flexibilität der US-Administration hin. GFK Polonia für Rzeczpospolita: Tarcza jest potrzebna, 16.8.2008.

¹⁴ Bogdan Klich Interview mit Dziennik: Klich: To finisz rozmów o tarczy, 14.8.2008.

russischen Operation in Georgien bezog sich auch Radosław Sikorski: „Die Eskalation der internationalen Spannungen, mit der wir heute zu tun haben, und die wir nicht erwartet haben, macht die Frage nach Sicherheitsgarantien (...) noch relevanter als zuvor“, bewertete er Mitte August in Brüssel die Lage.¹⁵

Selbst wenn eine einzige Patriot-Batterie das polnische Territorium vor einem Raketenangriff nicht schützen könnte, scheint die Militäroperation Moskaus in dem „nahen Ausland“ der Bush-Regierung eine Rechtfertigung dafür gegeben zu haben, das Patriot-Luftabwehrsystem auf polnischem Terrain permanent aufzustellen. Da aber die polnische Hauptbedingung von Seiten der Amerikaner erfüllt wurde, hatte das Tusk-Kabinetten keinen Grund mehr, die Verhandlungen weiter zu verzögern. Vor diesem Hintergrund kam die polnische Zusage zu dem Raketenabwehrschild inmitten des Kaukasuskriegs weder unerwartet noch überraschend schnell, wie das manche polnische und internationale Zeitungen betrachten. Unbestritten ist allerdings, dass der Kaukasuskonflikt für die Verkündung der Warschauer Raketenabwehrentscheidung einen günstigen Rahmen bereitstellte. Denn kurz nachdem Russland zeigte, wie es seine Drohungen gegen ein Nachbarland geltend macht, konnte Donald Tusk von einer höheren Akzeptanz der Polen für die US-Militärinfrastruktur auf polnischem Terrain ausgehen.¹⁶ In dieser Situation konnte erwartet werden, dass die ursprünglich zu geringe „Gegenleistung“ der Amerikaner in Form einer Patriot-Batterie, die noch dazu im Besitz der Amerikaner bleiben würde, durch die Stationierung zusätzlicher amerikanischer Soldaten in den Augen der Gesellschaft kompensiert werden würde – diese Einschätzung bestätigten auch Spekulationen in den Medien. Denn aus einem Meinungsumfrageergebnis von Mitte August 2008 geht hervor, dass fast die Hälfte der Polen in den kommenden Jahren einen Militärangriff Russlands auf ihr Land erwarteten. Der russische Nachbar wurde zudem von den meisten Befragten (39%) als der größte Feind Polens betrachtet (als zweitgrößten Feind haben 8% der polnischen Respondenten auf Deutschland hingewiesen).¹⁷

So hat der Schatten des Kaukasuskonfliktes einerseits den USA erlaubt, ihr Angebot an Polen zu modifizieren und es für die Warschauer Regierung akzeptabel zu machen, und andererseits das Tusk-Kabinetten dazu bewogen, diese Offerte ohne weitere Verzögerung anzunehmen.

¹⁵ Radosław Sikorski zit. in: PAP/IAR: Amerykanie mają lepsze propozycje dla Polski ws. tarczy, 13.8.2008.

¹⁶ Auch der tschechische Premier Mirek Topolánek nutzte die russische Aggression in Georgien als Argument für die Unterstützungsgewinnung der tschechischen Gesellschaft und der politischen Opposition für die in Tschechien geplante Aufstellung des US-Radars. In der größten Tageszeitung Tschechiens *Mlada Fronta Dnes* sagte er am 16. August 2008, dass ihn die russischen Panzer in Georgien an die Invasion von 1968 erinnern und fügte hinzu: „Das ist aber nicht die Geschichte. Denn die Frage bleibt immer noch relevant, ob wir der russischen Einflussosphäre angehören werden oder nicht.“

¹⁷ Die Meinungsumfrage wurde von dem Meinungsforschungsinstitut *Pentor* für das Wochenblatt *Wprost* durchgeführt, zit. in: Dziennik: Polacy boją się ataku Rosji, 16.8.2008.

Der Gewinn für die Tusk-Regierung aus der Raketenabwehrentscheidung

Wenn nach dem Nutzen für die Tusk-Regierung aus dem Raketenabwehrabkommen und der politischen Deklaration gefragt wird, sei vornehmlich auf vier Aspekte hingewiesen: auf die Reduktion von innen- und außenpolitischen Kosten, die zu erwartende nachrichtendienstliche Kooperation zwischen Warschau und Washington sowie die Verstärkung der polnischen Sicherheit.

Wie die letzten Meinungsumfragen zeigen, sprach sich die polnische Gesellschaft nicht prinzipiell gegen die Errichtung der US-Militäranlage aus. Vielmehr wünschte sie sich eine Fortsetzung der Gespräche, was darauf hindeutet, dass die Einschätzung der Raketenabwehrentscheidung letztendlich von dem Verhandlungsergebnis abhängen wird. Somit war sich die Tusk-Regierung im Klaren, dass sie der polnischen Bevölkerung einen konkreten Nutzen aus der Aufstellung des amerikanischen Schutzschildes vorlegen muss. Darüber hinaus zeigten die Umfragen, dass wenn den polnischen Befragten eine weitere Antwortmöglichkeit vorgelegt wird, nämlich die Billigung der Abwehrbasis unter der Voraussetzung amerikanischer Zusatzgarantien, dann findet die Errichtung des US-Stützpunktes in Nordpolen mehr Anhänger als Gegner.¹⁸ Durch das Beharren auf der dauerhaften Stationierung der Patriot-Raketen auf polnischem Terrain sowie auf der Unterzeichnung einer politisch-militärischen Erklärung mit Washington, scheint Tusk den Erwartungen der Polen entsprochen zu haben. Da momentan nur eine in dem polnischen Parlament vertretene Partei (die postkommunistische Linkspartei) gegen die Schilderrichtung plädiert, während die größte Oppositionspartei, der polnische Präsident sowie die meinungsbildenden Massenmedien die Vereinbarung mit den USA unterstützen, stand zu erwarten, dass diese in der polnischen Gesellschaft letztendlich ebenfalls positiv bewertet wird. Die ersten Befragungen kurz nach der Paraphierung der Vereinbarung bestätigen diese Vermutung (s. Tabelle 1).

Unterstützen Sie die Entscheidung der polnischen Regierung für die Aufstellung einer US-Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium?	
Ja	58%* (45%**)
Nein	38%* (36%**)

Tabelle 1: Die Unterstützung der Polen für die Errichtung einer US-Raketenabwehrbasis auf polnischem Terrain kurz nach der Paraphierung der polnisch-amerikanischen Vereinbarung, Quellen: GFK Polonia*¹⁹; TNS OBOP**²⁰

¹⁸ Zu den Meinungsumfragen s. Dylla, Daria W.: Polen und der US-Raketenabwehrschild. Eine Kommentarreihe, Teil VI: Mai/Juni 2008, in: Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik (KIPA), Köln, 6/2008, abrufbar unter: http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/kipa/Abwehrschild_Kommentar_Dylla_Teil_VI_KIPA-6_2008.pdf.

¹⁹ Im Auftrag von Rzeczpospolita: Ula Kiefer: Polacy za tarczą, 17.8.2008.

²⁰ Im Auftrag von Dziennik: Zaskakujący sondaż w sprawie tarczy, 19.8.2008.

Das Beharren auf handfesten Vorteilen während der Verhandlungen sollte zudem die außenpolitischen Kosten der Raketenabwehrentscheidung minimieren, damit Polen von den internationalen Massenmedien nicht wieder mit dem Stempel eines bedingungslosen trojanischen Pferdes Amerikas dastehen würde. Um die Entscheidung wiederum entgegen der Rhetorik einiger westeuropäischen Politiker nicht als eine „für Europa und gegen Amerika“ erscheinen zu lassen und gleichzeitig das Image eines russophoben Landes zu vermeiden, versuchte die Tusk-Regierung zudem den Anschein der Multilateralisierung der Abwehrfrage zu erwecken. Während das Kaczyński-Kabinetts mehrfach wiederholte, dass es sich bei den Raketenabwehrverhandlungen ausschließlich um eine bilaterale Angelegenheit zwischen Warschau und Washington handelt, setzte die neue Regierung erstens auf die Aufnahme der Konsultationen mit Russland und zweitens auf die Verankerung des Abwehrthemas in einem breiteren NATO- und EU-Kontext. Durch die Präsentation einer neuen pragmatischeren bzw. realistischeren Amerika- und Russlandpolitik in der internationalen Öffentlichkeit erhoffte sich die Tusk-Regierung nicht zuletzt, aus der kostspieligen Selbstisolation der Kaczyński-Regierung auszubrechen.²¹

Im Kontext der Gewinne aus der Raketenabwehrentscheidung für die polnische Regierung sei überdies auf den Aspekt der geheimdienstlichen Zusammenarbeit zwischen den USA und Polen hingewiesen, die voraussichtlich zur Stärkung der polnischen Fähigkeiten auf diesem Sachgebiet führen wird. Mit der Errichtung eines Teils des nationalen Verteidigungssystems der USA auf polnischem Territorium wird das mitteleuropäische Land nicht nur durch die amerikanischen Geheimdienste stärker überwacht. Vielmehr werden die USA das Interesse daran haben, dass Polen enger mit den amerikanischen Diensten kooperiert und seine Fähigkeiten zur Informationsgewinnung und -auswertung deutlich verbessert. Dies bedeutet, dass Warschau künftig in der Lage sein wird, den europäischen Partnern ein nicht gerade zu unterschätzendes Wissen anzubieten. Und da den nachrichtendienstlichen Informationen heutzutage angesichts der GIT-Prozessen (Globalisierung, Internationalisierung und Transnationalisierung) sowie der neuen Bedrohungsarten ein enormes Machtpotenzial zugemessen wird,²² würde dies eine Erhöhung der politischen Relevanz Polens auf europäischer Bühne zur Folge haben.

Was die Warschauer Regierung allerdings in erster Linie als Gewinn aus der Beteiligung an dem amerikanischen Schutzprojekt betrachten sollte, ist eine stärkere Verankerung der amerikanischen Militäranstaltungen und Soldaten auf dem europäischen Kontinent. Denn

²¹ Ausführlicher zu der Reduktion von innen- und außenpolitischen Kosten durch die Tusk-Regierung, s. in: Dylla, Daria W.: Die polnisch-amerikanischen Raketenabwehrgespräche und deren politische Kosten für die Tusk-Regierung, in: Polen-Analysen (herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde), 35/2008, abrufbar unter: <http://www.laenderanalysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen35.pdf>.

²² S. Jäger, Thomas: Die transatlantischen Beziehungen und die Sicherheit Deutschlands. Grundgedanken zu einer gemeinsamen Strategie im turbulenten internationalen System, in: Gerhard Kümmel/Sabine Collmer (Hrsg.): Die Bundeswehr heute und morgen. Sicherheitspolitische und militärsoziologische Herausforderungen, Baden-Baden, 2007, S. 9-23.

welche Konsequenzen könnte die Ablehnung des amerikanischen Raketenabwehrangebots durch die Europäer haben? Stichwortartig können diese wie folgt genannt werden:

- Die europäische Ablehnung der Zusammenarbeit mit den USA bei einem Raketenabwehrsystem könnte einen Interessenverlust der Amerikaner an einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation mit Europa sowie den Aufbau der bislang auf dem europäischen Kontinent geplanten Raketenabwehrbasis auf dem eigenen Territorium zur Folge haben (was aus Sicht der Funktionsfähigkeit des Abwehrsystems technisch möglich, für Amerika jedoch mit höheren Kosten verbunden wäre);
- Als logische Konsequenz dieses Schrittes würden die amerikanischen Soldaten aus dem europäischen Kontinent abgezogen;
- Es käme zur Auflösung der NATO, weil die aus der europäischen Absage resultierende Bestätigung der auseinander gehenden Bedrohungswahrnehmungen zwischen den USA und Europa die letzte und gewichtigste Grundlage für die Fortexistenz der Allianz zunichte machen würde;
- Der europäische Kontinent mit seinen dürftigen sicherheitspolitischen Fähigkeiten bliebe ohne den amerikanischen Sicherheitsschirm weitgehend ungeschützt;
- Da Europa nun selbst für die eigene Sicherheit Sorge tragen müsste, würde die negative Sicherheitsbilanz nach dem Zurückziehen der USA durch eine verstärkte Aufrüstung zu kompensieren versucht;
- Zudem würde die Funktion der Amerikaner als externer *Balancer* innerhalb Europas verschwinden, wären die drei europäischen Großmächte unbalanciert und die Frage offen bliebe, wie sie sich zueinander verhalten würden;
- Dass Deutschland in diesem Fall Nuklearwaffen anstreben würde, ist nicht von der Hand zu weisen. Als Begründung dafür könnte die Sorge Berlins um die sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union gelten;
- Das unbalancierte Russland würde wiederum das Bedrohungsempfinden der postkommunistischen Staaten – etwa der baltischen Staaten, Tschechien und der Slowakei –, aber auch Schweden, Norwegen und Finnland verstärken;
- Schließlich wäre Polen mit seiner geopolitischen *Sandwich*-Position zwischen Deutschland und Russland angesichts des ausbleibenden NATO-Schutzes wieder in eine unsichere, bedrohliche Grauzone zurückgefallen.

Wenn diese Analyse plausibel ist und die drei anderen zuvor erwähnten Nutzenargumente in Betracht gezogen werden, ist davon auszugehen, dass es der polnischen Regierung gelungen ist, durch die Entscheidung für die Errichtung von zwei amerikanischen Militäranlagen auf polnischem Territorium das doppelte Überlebensprinzip zu

verwirklichen – die Erhöhung der externen Überlebenschancen des polnischen Staates sowie die Verbesserung der Aussichten auf das eigene politische Überleben.²³

Die Einschätzung des Raketenabwehrabkommens in den polnischen Medien

In den Kommentaren der drei größten Tageszeitungen Polens überwiegt eine positive Bewertung des polnisch-amerikanischen Verhandlungsabschlusses.

Die konservative *Rzeczpospolita* betitelt ihr Kommentar „Bravo Lech Kaczyński! Bravo Donald Tusk“ und konstatiert, dass Polen am Tag der Paraphierung der Vereinbarung mit den USA zweifelfrei an Sicherheit gewonnen hat. Denn das mitteleuropäische Land rückte hierdurch wieder ein Stückchen in die Richtung des Westens, ohne sich faktisch zu bewegen. Die russischen Proteste gegen diese Entscheidung scheinen dabei die Richtigkeit dieses Schrittes noch zusätzlich zu bestätigen; denn je stärker die Russen gegen etwas protestieren, was Polen tun will bzw. getan hat, desto sicherer ist es, dass das die Entscheidung im vitalen Interesse Polens lag, schlussfolgert die Zeitung.²⁴ Ein anderer Kommentator von *Rzeczpospolita* in einem Artikel mit dem Titel: „Gewonnen hat das polnische Interesse“ geht davon aus, dass das Abkommen nicht nur als Beitrag zur Stärkung der polnischen Sicherheit, sondern auch als ein weiteres Zeugnis für die Unabhängigkeit und Souveränität Polens zu betrachten ist. Überdies soll hierdurch die Position Polens in der EU verstärkt werden. Manche EU-Staaten können sich nämlich immer noch nicht daran gewöhnen, dass Polen auf europäischer Bühne eine souveräne Rolle spielt und kein armer Verwandte ist, den man gnädig an den Tisch lässt. Ganz im Gegenteil: Polen ist ein Land, das sich für die eigenen Interessen einsetzen kann und mit dessen Meinung gerechnet werden muss.²⁵

Die Springer-Tageszeitung *Dziennik* sieht das Raketenabwehrabkommen als dritten Schritt nach dem NATO- und dem EU-Beitritt Polens, der das Land in den westlichen Strukturen noch tiefer verankert. Zugleich warnt das Blatt aber vor der Annahme, dass allein die US-Militärinstallation Polen vor Bedrohungen schützen würde. Vielmehr soll das Land selbst für die eigene Aufrüstung sowie die Einhaltung der Vereinbarungsvorschriften sorgen; sonst wird der Schild lediglich ein US-Erfolg bleiben.²⁶

Die größte Tageszeitung aus Warschau *Gazeta Wyborcza* schätzt die polnisch-amerikanische Vereinbarung ebenfalls positiv ein. Das Abkommen sei schlicht eine Bestätigung der realen Verhältnisse – die USA sind und müssten der wichtigste Verbündete Polens bleiben. Die Entscheidung soll dem Blatt zufolge allerdings auch als ein Signal an die Russen gedeutet werden, und zwar nach dem Motto: In Kaukasus könnt ihr den hegemonialen Traum

²³ Zu der Theorie des doppelten Überlebensprinzips s. Dylla, Daria W.: Das doppelte Überlebensprinzip: die polnische Regierung vor der Entscheidung zum Raketenabwehrschild, in: Kommentare zur Internationalen Politik und Außenpolitik (KIPA), 3/2008, abrufbar unter: http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/kipa/Doppeltes_Ueberlebensprinzip_Dylla_KIPA-3_2008.pdf.

²⁴ Gabryel, Piotr: Brawo Lech Kaczyński! Brawo Donald Tusk, in: *Rzeczpospolita*, 15.8.2008.

²⁵ Lisicki, Paweł: Wygrał interes Polski, in: *Rzeczpospolita*, 20.8.2008.

²⁶ Karnowski, Michał: To sukces Ameryki, ale może być nasz, in: *Dziennik*, 20.8.2008.

verwirklichen, doch vergesst nicht, dass Mitteleuropa in einem strategischen Vakuum bleiben wird. Es sei dabei wichtig, dass mit der Patriot-Batterie in Polen eine zweite US-Militärbasis errichtet wurde. Noch wichtiger sei es allerdings, dass die USA einer Zusammenarbeit nicht nur im Kontext einer militärischem, sondern auch einer nicht militärischen Bedrohungen zugesagt hätten. Zwar haben die Verhandlungen lange gedauert und es gab zahlreiche Fehler auf beiden Seiten, doch der Verhandlungsabschluss sei nicht schlecht – zumal wenn man sich die heutige, gefährliche Situation vor Augen führe.²⁷

²⁷ Bosacki, Marcin: Dobra tarcza na niebezpieczne czasy, in: Gazeta Wyborcza, 15.8.2008.